

**Informationen gemäß Artikel 14 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO
aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten**

Im Zusammenhang mit Entscheidungen über Personal- und Disziplinarangelegenheiten betreffend die Hauptverwaltungsbeamten und die kommunalen Bediensteten werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben.

Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise.

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezirksregierung Düsseldorf

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Telefon 0211 475-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brd.nrw.de

Internet-Adresse: <http://www.brd.nrw.de>

2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen

Den oben genannten Verantwortlichen vertritt:

Der Regierungspräsident

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Telefon 0211 475-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brd.nrw.de

3. Angaben zum/zur Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r der Bezirksregierung Düsseldorf

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Telefon 0211 475-0

E-Mail-Adresse: datenschutz@brd.nrw.de

4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4

40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

E-Mail-Adresse: poststelle@ldi.nrw.de

Internet-Adresse: www.ldi.nrw.de

5. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um Entscheidungen über Personal- und Disziplinarangelegenheiten im Rahmen der Allgemeinen Kommunalaufsicht vorzubereiten bzw. umzusetzen.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind:

- §§ 22 LBG i. V. m. § 11 LVO; § 12 LBG i. V. m. § 1 Verfahrensordnung LPA, § 14 LVO, § 19 LBG i.V.m. § 7 LVO (laufbahnrechtliche Entscheidungen) § 5 Abs. 1 Satz 3 SGB VI (Gewährleistungsentscheidungen)

- § 16 Abs. 2 LBG, § 47 KrO (Wahl / Bestätigung von kommunalen Wahlbeamten und Kreisdirektoren)
- § 118 LBG (besondere dienstrechtliche Entscheidungen bei Hauptverwaltungsbeamten*innen)
- §§ 17, 32 - 34, 79 Abs. 1 LDG NRW (Disziplinarangelegenheiten)
- § 379 SGB III, §§ 46, 51 LDG NRW, §§ 13 ff SGG (Besetzungsverfahren der Gremien der Arbeitsverwaltung und der Disziplinar- und Sozialgerichte)
- §§ 119, 120 GO NRW, ggf. i. V. m. § 57 KrO bzw. § 28 GkG NRW (sonstige dienst-/arbeitsrechtlichen Fragen)
-

6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch das Dezernat 31 der Bezirksregierung Düsseldorf verarbeitet:

- Stammdaten wie z. B. Nachname, Name, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse
- ggf. Staatsangehörigkeit, Funktion, berufliche Tätigkeit
- ggf. Gesundheitsdaten
- ggf. schulischer und beruflicher Werdegang (z. T. einschl. Nachweisen)
- ggf. Parteizugehörigkeit und / oder Zugehörigkeit zu kommunalen Gremien
- ggf. Dokumentationsdaten (z. B. Beratungsprotokolle, Verträge)
- ggf. sonstige Daten, die sich aus dem zugrundeliegenden Sachverhalt ergeben bzw. sich darauf beziehen

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung an die innerhalb der Behörde für die Aufgabenwahrnehmung zuständigen Mitarbeiter*innen weitergegeben. Informationen über Sie werden nur weitergegeben, wenn dies aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung der Aufsichtsbehörde geschieht oder Sie eingewilligt haben. Insoweit können Ihre Daten auch an andere Behörden (z. B. Kommunen, das für Kommunales zuständige Ministerium) weitergegeben werden.

8. Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Alle behördlichen Aufzeichnungen unterliegen einer Aufbewahrungspflicht. Die Aufbewahrungsfrist richtet sich nach Ziffer 9.1 i. V. m. Ziffer 6 der Anlage 1 der Aktenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW und beträgt somit grundsätzlich bis zu 30 Jahre. Sie beginnt i. d. R. mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Bearbeitung des Vorgangs vollständig abgeschlossen wurde. Nach Ablauf der Aufbewahrungs- und Speicherfristen werden die Akten dem Landesarchiv NRW angeboten.

Im Falle der Nichtübernahme werden Ihre Daten gelöscht.

10. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 7 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerruf der Einwilligung
- Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung

der Daten.

- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht auf Übertragung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Bogens.

12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten / Widerspruchsrecht bei Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe

Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet. Diese Pflicht ergibt sich aus den unter Punkt 5 genannten Rechtsgrundlagen.

Sie haben das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten allerdings dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

13. Quelle der Daten

Ihre Daten stammen von der Kommune, die den maßgeblichen Sachverhalt hier vorgetragen bzw. angezeigt hat.